

SCHWEDEN

RUTGER LINDAHL

Eine extrem niedrige Wahlbeteiligung und ein gutes Ergebnis für die EU-kritischen Parteien in der ersten schwedischen Europawahl haben erkennen lassen, daß Schwedens Beziehung zur EU im Jahre 1996 weiterhin substantielle Probleme für die Regierung bereiten würde. Premierminister Ingvar Carlsson, der nachdrücklich die schwedische Mitgliedschaft der EU unterstützt hatte, übergab im März 1996 die Führung der sozialdemokratischen Partei und somit auch das Amt des Premierministers an den ehemaligen Finanzminister, Göran Persson. Die neue Regierung setzte europäische Fragen ganz oben auf die Tagesordnung und argumentierte, daß viele der künftigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen auf europäischer Ebene anstatt auf nationaler Ebene bearbeitet werden müssen.

Die Regierungskonferenz

Der Fokus der schwedischen Regierung lag auf dem Bedarf an institutionellen Reformen, an mehr Transparenz in den Entscheidungsverfahren, an einer Erhöhung der Umweltstandards und an einer baldigen Erweiterung der EU um die osteuropäischen Länder. Auch den baltischen Staaten wurde ein besonderer Vorrang eingeräumt. Besonderer Nachdruck galt auch dem schwedischen Vorschlag der Einrichtung einer „Beschäftigungsunion“ sowie der Mahnung um politische Behutsamkeit bei der Weiterentwicklung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) in Richtung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik und gemeinsamen Verteidigung. Die nationale Debatte über die schwedische Position in der Regierungskonferenz hat jedoch weder innerhalb der Parteien noch in der Presse eine höhere Intensität erreicht.

Die offiziellen Reaktionen der Regierung in den Verhandlungen innerhalb der Regierungskonferenz waren im allgemeinen positiv. Der Text über Gemeinschaftsaktionen zur Steigerung der Beschäftigtenzahlen in der EU, der auf dem Gipfel in Dublin präsentiert wurde, wird von der Regierung als ein Sieg aufgefaßt und die Oppositionsparteien haben die Regierung seither in diesem Punkt nicht mehr angegriffen. Sie stellen sich jetzt damit zufrieden, die Regierung daran zu erinnern, daß die Arbeitslosenzahlen in Schweden sowie in den meisten anderen EU Ländern noch immer sehr hoch sind, und behaupten, daß die EU nicht die Lösung zu diesen Problemen ist. Die anti-europäischen Parteien warnen vor der Ausweitung der Mehrheitsentscheidung und einem stetigen Verlust nationaler Souveränität. Die pro-europäischen Parteien kritisieren die Regierung dafür, daß sie noch kein Aktionsprogramm entwickelt habe, um den größtmöglichen Nutzen aus der EU-Mitgliedschaft zu ziehen.

Der fehlende Fortschritt in bezug auf die institutionellen Reformen und die Vorbereitungen für die Aufnahme der baltischen Staaten in der nächsten großen Erweiterungswelle beschäftigt nicht nur die Regierung, sondern auch die nicht-sozialistischen Oppositionsparteien. Unter den schwedischen Bürgern gibt es eine große Unterstützung für eine Erweiterung der EU.

Die Ostsee-Region – eine neue Rolle für Schweden?

Die Ostsee-Region spielt seit Jahrzehnten für die Entwicklung Schwedens eine große Rolle. Im 17. Jahrhundert gehörte ein großer Teil dieser Region Schweden. Öffentliche und private Beziehungen sind seither in vielen Fällen auf einem hohen Niveau erhalten geblieben. Während der Periode der sowjetischen Besetzung der baltischen Staaten und während des osteuropäischen Regimes vor 1989/90 wurden die offiziellen Beziehungen eingeschränkt. Seit 1990/91 sind diese Beziehungen rapide ausgebaut worden. Zusammen mit den anderen nordischen Ländern ist Schweden sehr aktiv an der Förderung friedlicher und stabiler Bedingungen für die Entwicklung der neuen Demokratien und Marktwirtschaften entlang der östlichen Küsten der Ostsee beteiligt.

In Erwiderung des steigenden Bedarfes an einem gemeinsamen Vorgehen unter EU- und Nicht-EU-Staaten lud Premierminister Persson in Mai 1996 die Staatsoberhäupter von Dänemark, Estland, Finnland, Deutschland, Island, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen und Rußland zu einem Treffen in der Stadt Visby auf der Insel Gotland ein. Der Zweck dieses Treffens war es, Wege zu finden, die die Beziehungen nicht nur zwischen den Regierungen, sondern auch zwischen den Völkern der Länder im baltischen Raum fördern. Auf der Tagesordnung standen Gespräche hinsichtlich einer Kooperation in den folgenden Bereichen: Kultur und Bildung, Verbrechenverhütung, wirtschaftliche Entwicklung, Energie, Umweltschutz, Infrastruktur und die Produktion von Lebensmitteln. Schweden wurde gebeten, die Verantwortung für die Koordination der geplanten Aktionsprogramme zu übernehmen. Als Konsequenz aus der Visby Konferenz bildete Premierminister Persson Ende Mai einen Rat für Baltische Angelegenheiten.

Schweden hat kontinuierlich die Entwicklung der Demokratie, der Marktwirtschaft und eines zuverlässigen Rechtssystemes in den baltischen Staaten unterstützt. Die Unterstützung der baltischen Teilnahme an friedensbewahrenden Operationen (zum Beispiel in Bosnien) und an „Partnerschaft für den Frieden“-Übungen auch in der Ostsee-Region bilden einen wesentlichen Teil der schwedischen Außenpolitik.

EU-Erweiterung

In Schweden ist die Unterstützung für eine EU-Erweiterung sehr groß – zumindest unter denen, die eine positive Grundhaltung gegenüber der EU haben. Dies ist besonders markant in bezug auf die drei baltischen Staaten. Die EU-Erweiterung um diese drei Staaten wird als besonders wichtig für die Sicherstellung des friedli-

chen und positiven Entwicklungstrends in der Ostsee-Region der neunziger Jahren betrachtet.

Schweden hat während des 20. Jahrhunderts immer versucht, das Sicherheitsrisiko in der Ostsee-Region zu minimieren. Im Einklang mit dieser Politik wird die Erweiterung der EU einer NATO-Erweiterung vorgezogen. Ein Grund hierfür ist, daß die russische Reaktion auf die EU-Erweiterung positiver als die auf eine NATO-Vergrößerung ist. Eine EU-Erweiterung wird als Stimulus für die Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Kooperation, aus der alle Länder der Ostsee-Region Nutzen ziehen könnten, gesehen. Es soll auch politische Stabilität in den Ländern des ehemaligen Sowjetblockes fördern und ihren Übergang zu einer stabilen Demokratie beschleunigen.

Erweiterung der GASP-Kooperation ohne gemeinsame Verteidigung

Die Frage der „Vertiefung“ der Kooperation innerhalb GASP ist auf vielfache Art und Weise mit der EU-Erweiterung verknüpft. Schweden (die Regierung als auch die Mehrheit der Opposition) nimmt die Position ein, daß es im eigenen aber auch im Interesse der anderen EU-Staaten liegt, keine gemeinsame Verteidigung im Rahmen der GASP zu entwickeln. Dies wird als besonders wichtig für die Ostsee-Region angesehen.

Während der letzten Jahre hat Schweden seine Kooperation mit anderen NATO-Ländern verstärkt, in erster Linie bei friedenserhaltenden Operationen in Bosnien, aber auch durch die Teilnahme an mehreren „Partnerschaft für den Frieden“-Übungen. Meinungsumfragen von 1996 und 1997 zeigen die bestehende starke Abneigung gegenüber einer Mitgliedschaft in Militärbündnissen. Etwas positiver ist die Einstellung gegenüber der Zusammenarbeit mit den anderen EU-Mitgliedstaaten auf den Gebieten der Konfliktprävention und der Friedenssicherung.

Um das Interesse an einer wirksameren GASP zu verdeutlichen, präsentierte Schweden 1996 zusammen mit Finnland einen Plan für die Entwicklung einer neuen formellen Beziehung zwischen der EU und der Westeuropäischen Union (WEU). Der Vorschlag lehnte an die Petersberger Aufgaben an und beinhaltet die Errichtung neuer Strukturen und Entscheidungsverfahren für Konfliktprävention und Friedenssicherung. Eines der grundlegenden Prinzipien ist, daß alle beteiligten EU-Staaten, unabhängig von ihrer Mitgliedschaft in WEU oder NATO, gleichberechtigt am Entscheidungsprozeß teilnehmen sollen. Der herrschende Eindruck in Schweden ist, daß dieser Vorschlag generell positiv entgegengenommen und die Diskussion dadurch erweitert wurde.

Wirtschafts- und Währungsunion – eine große Streitfrage

In der Kampagne vor dem Referendum über die schwedische Mitgliedschaft in der EU im Jahre 1994 gehörten die die WWU betreffenden Vertragsartikel nicht zu den „heißen Themen“. Während des Jahres 1996 wurden diese dadurch in die öffentliche Debatte gebracht, daß die Banken ihre praktischen Vorbereitungen auf

die Umstellung auf die neue Währung bekannt gaben. Der zukünftige Status der Schwedischen Nationalbank war Gegenstand einer parlamentarischen Untersuchung. Die angegebenen Vorschläge basierten auf der Notwendigkeit, der Nationalbank eine unabhängigere Position gegenüber dem Parlament zu garantieren. Die anti-europäischen Parteien entschieden sich früh, die Wirtschafts- und Währungsunion auf die Tagesordnung zu bringen, um die negative Einstellung der schwedischen Wählerschaft zu stimulieren. Die Wirtschafts- und Währungsunion, die neue gänzlich unabhängige Zentralbank und die neue Gemeinschaftswährung (der Euro) wurden als Symbole des kontinuierlichen Verlustes an nationaler Souveränität und als erzwungene Akzeptanz eines sich ausdehnenden Föderalismus gesehen, der einen schwedischen Beitritt zur dritten Stufe der WWU zur Folge haben wird. Die pro-europäischen Parteien argumentierten, daß die schwedischen Bürger sowie die schwedische Industrie durch die Zugehörigkeit zum gleichen Währungsgebiet wie ihre größten europäischen Handelspartner profitieren werden.

Die Regierung hielt sich im Hintergrund und ernannte eine Expertenkommission, deren Aufgabe es war, eine Liste möglicher Konsequenzen der schwedischen Beteiligung beziehungsweise Nichtbeteiligung am dritten Stadium der Wirtschafts- und Währungsunion zu erstellen. Diese Kommission hat im November 1996 ihren Bericht vorgestellt und konstatiert darin, daß die schwedische Teilnahme an der Währungsunion in kleinen jährlichen ökonomischen Effizienzgewinnen resultieren könnte. Dieser Punkt zählte als Unterstützung einer schwedischen Teilnahme an der WWU. Hinsichtlich der Tatsache, daß die schwedische Wirtschaft früher eine relativ geringe Ko-Varianz bezüglich makroökonomischer Störungen gegenüber den anderen EU-Staaten vorwies, wurde die monetäre Unabhängigkeit als eine wesentliche Versicherung gegen diese Art von Störungen und ein Argument gegen die Teilnahme an der Währungsunion angesehen. Die Kommission entdeckte auch, daß die momentane hohe Arbeitslosigkeit ein wesentliches Risiko darstellt, falls Schweden länderspezifischen makroökonomischen Störungen der Währungs- und Wechselkurspolitik nicht entgegenwirken könnte. Auch die gegenwärtige Finanzlage enthielte größere Risiken.

Die politischen Überlegungen, die in den Bericht eingebracht wurden, enthalten eine Diskussion über die Wichtigkeit einer fehlenden demokratischen Kontrolle und Verantwortlichkeit der Europäischen Zentralbank, was ebenfalls gegen die schwedische Teilnahme an der Währungsunion sprach. Andererseits würde die Vollmitgliedschaft in der Währungsunion die Möglichkeiten der Einflußnahme – sowohl innerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion als auch innerhalb der EU im allgemeinen – steigern. Die Kommission behauptete, daß dem Argument der verbesserten Einflußnahme die größte Beachtung unter den politischen Argumenten geschenkt werden sollte.

Die abschließende Einschätzung der Kommission war, daß die wirtschaftlichen Argumente – zumindest aus einer kurzfristigen Perspektive gesehen – gegen die schwedische Teilnahme an der Wirtschafts- und Währungsunion sprechen. Die politischen Argumente sprechen insgesamt dafür. Gesamtbeurteilung: Die Fakto-

ren, die gegen die Beteiligung im Jahre 1999 stehen, überwiegen diejenigen, die für ein solches Arrangement sprechen.

Positiver fiel die Endbewertung für einen späteren schwedischen Beitritt zur WWU aus, vorausgesetzt die Arbeitslosenzahlen sind gefallen, die Finanzlage hat sich stabilisiert, und die öffentliche Meinung schwingt in eine positivere Richtung um. Einer endgültigen Entscheidung muß jedoch eine umfassende öffentliche Debatte vorausgehen, um zu gewährleisten, daß ein Beitritt von der Bevölkerung als legitimiert angesehen wird.

Schweden und die EU – Die Debatte heizt sich auf

Öffentliche Meinungsumfragen zeigen, daß die Mehrheit der schwedischen Wähler mit dem, was sich aus den ersten Jahren der EU-Mitgliedschaft ergeben hat, nicht zufrieden ist. Viele Bürger beschwerten sich, daß die EU-Themen sehr kompliziert sind und fühlen sich darüber nicht gut informiert. Diese Umstände verursachen Legitimationsprobleme für die Entscheidungen der Regierung.

Die Entscheidungen bezüglich der Beteiligung an der Wirtschafts- und Währungsunion sowie etwaige Änderungen hinsichtlich der schwedischen Außen- und Sicherheitspolitik (keine Teilnahme an militärischen Allianzen) könnten als Test für das repräsentative demokratische System gesehen werden. Die Forderung nach Referenden zu verschiedenen Themen werden von politischen Parteien sowie von Individuen aufgestellt. Dies könnte als Illustration eines wachsenden Mißtrauens gegenüber Politikern und gegenüber der Arbeit der repräsentativen demokratischen Institutionen gesehen werden. Diese Tatsache fordert eine sehr sensible Behandlung der wesentlichen politischen Fragen. Die politische Debatte über EU-Fragen im allgemeinen und im speziellen über die Wirtschafts- und Währungsunion werden 1997 und 1998 sicherlich intensiviert. Im Herbst 1997 wird die sozialdemokratische Partei einen Parteikongreß halten, bei dem die Frage der Wirtschafts- und Währungsunion sicherlich die erste auf der Tagesordnung und die Debatte intensiv sein wird.

Während des letzten Jahres haben die Sozialdemokraten eine informelle Koalition mit der Zentrumsparterie gebildet. Die Führung der Zentrumsparterie handelte großenteils zugunsten der schwedischen Mitgliedschaft in der EU, tendierte jedoch in letzter Zeit zu einer negativeren Position zu vielen EU-Fragen. Bezüglich der Wirtschafts- und Währungsunion sind die Parteiführung, aber auch die Mehrheit der Unterstützer gegen die schwedische Beteiligung. In dieser Situation müssen sich die Sozialdemokraten im Falle ihres Vorschlages zugunsten einer schwedischen Beteiligung an der Wirtschaftsunion dem Risiko eines Kollisionskurses – nicht nur mit einer Mehrheit innerhalb der eigenen Partei, sondern auch mit ihrem gegenwärtigen Koalitionspartner – aussetzen. Es muß auch beachtet werden, daß sie sich nicht auf die Unterstützung der linken Parteien verlassen können, da diese Parteien gegen die schwedische EU-Mitgliedschaft sind.

Die Grüne Partei ist ebenfalls eine unwahrscheinliche Unterstützung für die sozialdemokratische Regierung, da diese die Position vertritt, daß Schweden möglichst schnell aus der EU austreten sollte. Die Christdemokratische Partei ist bei den meisten EU-Angelegenheiten geteilter Meinung. Die Parteiführung hat vorgeschlagen, daß Schweden der Wirtschafts- und Währungsunion nicht in der ersten Runde beitrifft, sondern daß die notwendigen Schritte unternommen werden, um einen späteren Beitritt zu ermöglichen.

Die Gemäßigte Partei und die Liberale Partei stehen der Mitgliedschaft Schwedens in der EU allgemein – und auch der WWU im spezielleren – positiv gegenüber. Aber die Parteiführungen beider Parteien müssen beachten, daß es eine bedeutsame Opposition innerhalb ihrer Parteien gibt, die ihre Handlungsfreiheit einschränken könnten. Es scheint unwahrscheinlich, daß die Sozialdemokraten auf eine dieser Parteien bauen, um eine Entscheidung für die Wirtschafts- und Währungsunion durch das Parlament zu bekommen.

Das wachsende Mißtrauen gegenüber den politischen Führern basiert scheinbar auf den fundamentalen Veränderungen, die im schwedischen Sozialsystem durchgeführt werden mußten. Viele Schweden sind durch die Reduzierung der Unterstützungen bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit finanziell stark eingeschränkt worden. Die EU wird für viele der Sparmaßnahmen, die in den letzten fünf bis sechs Jahren eingeführt worden sind, verantwortlich gemacht. Die schwedischen Politiker stehen vor der großen Herausforderung, die verflochtene Vernetzung der nationalen und internationalen, wirtschaftlichen und politischen Faktoren, die diese Situation tatsächlich verursacht haben, zu erklären. Die Fragen der Wirtschafts- und Währungsunion und die Ergebnisse der Regierungskonferenz 1996/97 werden Politiker, Presse und andere Interessenten mit inhaltsreichem Material für intensivierte Debatten versorgen. In Schweden wird diese Debatte weiterhin dadurch stimuliert, daß 1998 die Parlamentswahlen anstehen.

Anmerkungen

Übersetzt aus dem Englischen von Karlyn Neusatz, freie Übersetzerin, München.

Weiterführende Literatur

- Huldt, Bo: Sweden and the European Union. Out of history into the future?, in: Schütze, Walter (ed.): Europe at the end of the 90s, Oslo 1996, S. 114-130.
- Lund, Gunnar: The IGC: A Swedish perspective, in: Berichte, Forschungsinstitut der Internationalen Wissenschaftlichen Vereinigung Weltwirtschaft und Weltpolitik 47 (1996), S. 1-7.
- Schmidt, Peter: Die neuen EU-Mitglieder Finnland, Österreich und Schweden vor der Regierungskonferenz 1996. Sicherheitspolitische Ambivalenzen, in: Reiter, Erich (Hrsg.): Europas Sicherheitspolitik im globalen Rahmen, Rechts- und sozialwissenschaftliche Reihe; Bd. 17, Frankfurt/Main 1997, S. 103-117.